

15.02.2012 - 17:40 Uhr

Media Service: Steuerstreit: Finanzplatz Genf unter Verdacht

Zürich (ots) -

Der Steuerstreit mit den USA tobte bisher fast ausschliesslich in der Deutschschweiz. Von den elf Banken, die der Beihilfe zu Steuerdelikten verdächtigt werden, hat nur eine ihren Sitz in Genf. Doch nun geht die Angst um, dass die Affäre den Finanzplatz der Rhonestadt bald härter treffen könnte. Auch Westschweizer Privatbanken übernahmen nämlich in den letzten Jahren US-Kunden der UBS. Dazu gehört unter anderem die Bank Safra mit ihrem Schweizer Hauptquartier in Genf. Das Institut hatte US-Kundengelder von der UBS übernommen, nachdem die Grossbank 2008 von amerikanischen Ermittlern bereits ins Visier genommen worden war. Das zeigen Dokumente, die der «Handelszeitung» vorliegen. Auch die kleinen Genfer Teilhaber-Banken Gonet & Cie. sowie Frank, Galland & Cie. boten amerikanischen Kunden damals offenbar eine neue Heimat. Franck, Galland ist heute als Bank Piguet Galland im Besitz der Waadtländer Kantonalbank BCV.

US-Kunden würden nicht angenommen, «wenn sie ihre Vermögen nicht deklarierten», sagt ein Safra-Sprecher. Die erwähnten Kunden entsprächen dieser Richtlinie. Auch Gonet hält fest, die Bank habe alle US-Kunden zur Selbstdeklaration aufgefordert. Bei Franck, Galland waren die Vermögen mit Herkunft USA im Jahr 2008 stark angestiegen. Teile davon wurden 2009 in eine von der amerikanischen Finanzaufsicht lizenzierte Schwestergesellschaft eingebracht. «Diese durfte ganz legal Kunden annehmen», so Piguet Galland. Ende 2011 wurde die Schwestergesellschaft verkauft. Keine der drei Banken gibt an, von den US-Behörden kontaktiert worden zu sein.

Trotzdem befürchtet man in Genf, dass die Geschäfte mit amerikanischen Kunden noch für Probleme sorgen. «Hier haben manche nicht verstanden, wie riskant das war», urteilt ein Banker im Rückblick. Kommt hinzu, dass viele der kleinen Teilhaber-Instituten wegen der sinkenden Margen schon jetzt ums nackte Überleben kämpfen müssen. «Wir stehen erst am Anfang einer grosse Konsolidierung», sagt Fiona Frick, Chefin der Genfer Vermögensverwalterin Unigestion. «Der Fall Wegelin hat diese Entwicklung weiter beschleunigt.» Sie sei deshalb der Überzeugung, dass es auf dem Bankenplatz Genf noch zu erheblichen Veränderungen kommen werde, sagt Frick. Als einziges Westschweizer Institut haben die US-Behörden bisher die Privatbankentocher der britischen HSBC der Beihilfe zu Steuerdelikten bezichtigt. Die Bank muss zusammen mit zehn anderen Schweizer Geldhäusern − darunter Credit Suisse, Julius Bär, Basler Kantonalbank und Wegelin − schlimmstenfalls mit einer Anklage rechnen.

Andere Genfer Grössen wie die Bank Pictet schliessen eine Attacke der Amerikaner mittlerweile nicht mehr aus. So oder so verfügen die US-Behörden über reichlich Material − nicht nur dank der Selbstanzeigen von Steuerflüchtlings, sondern auch aus dem Fall UBS. Die Grossbank musste 2009 gegenüber den USA nicht nur Kundendaten preisgeben. Sie war auch angehalten, die Namen jener Institute zu nennen, an welche die Gelder aus geschlossenen Konten überwiesen worden waren («Handelszeitung» vom 9. Februar). Rund 6 der insgesamt 10 Milliarden Franken, welche US-Kunden bei der UBS abzogen, blieben laut UBS in der Schweiz.

Kontakt:

Mehr Informationen erhalten Sie unter der Nummer 043 444 59 00.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100713095> abgerufen werden.